

<https://amnistia.cl/noticia/a-un-ano-de-gobierno-entre-avances-y-decisiones-reprochables/>

EDITORIAL: EIN JAHR IN DER REGIERUNG: ZWISCHEN FORTSCHRITT UND VERWERFLICHEN ENTSCHEIDUNGEN

28. März. 2023 | Kategorie: Featured, Nachrichten, Presse, Pressemitteilungen

Von Rodrigo Bustos Bottai, Exekutivdirektor von Amnesty International Chile

Amnesty International hat gerade seinen Jahresbericht vorgelegt, der die Situation in 156 Ländern der Welt beleuchtet. Das Fazit lautet kurz und bündig: 2022 war kein gutes Jahr für die Menschenrechte, und **obwohl wir in Chile einige Fortschritte gesehen haben, sind einige der gemachten Zusagen auf dem Papier stehen geblieben.**

Erst vor einem Jahr haben wir auf das dunkle Erbe der Präsidentschaft von Sebastián Piñera hingewiesen, zumal unter seiner Amtszeit die größten Bürgerdemonstrationen seit dem Ende der Diktatur von Augusto Pinochet stattfanden, die mehr Gerechtigkeit und Gleichheit forderten. In diesem Zusammenhang kam es jedoch zu schweren und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, von denen die meisten von der scheidenden Regierung nicht angemessen angegangen wurden. Diese und andere Lasten hat der neue Präsident, Gabriel Boric, geerbt.

Ein Jahr ist seit seinem Amtsantritt vergangen, und obwohl wir einige Fortschritte anerkennen, gibt es immer noch große Lasten und Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen. Die Regierung von Gabriel Boric muss in Bezug auf die Menschenrechte von ihren Absichten zu Taten übergehen.

Amnesty International begrüßt unter anderem den Beginn der Ausarbeitung des Nationalen Plans für die Suche nach „Verschwundenen“, die Existenz einer umfassenden Agenda für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer der sozialen Unruhen, die Unterzeichnung des Escazú-Abkommens und den Menschenrechtsansatz in der Außenpolitik.

Doch trotz dieser Fortschritte ist der **Umgang mit der Migrationssituation äußerst düster.** Es muss klar sein, dass es sich um eine Menschenrechtsfrage und nicht nur um ein Sicherheitsproblem handelt. **Wir verstehen, dass eine geordnete und reguläre Migration von Vorteil ist, aber dafür ist es auch notwendig, den Menschen echte Möglichkeiten der Legalisierung zu garantieren.** Darüber hinaus muss das **Gesetz 21.325 über Migration und Ausländer*innen reformiert** werden, um es mit den internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen.

Schließlich erinnern wir daran, dass wir, als die Regierung von Sebastián Piñera die Entscheidung traf, die Grenzen und Gebiete zu militarisieren, um die Komplexität der Migration zu bewältigen, unsere Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte zum Ausdruck brachten. Daher haben wir nicht erwartet, dass die Regierung von Gabriel Boric die gleiche Maßnahme ergreift.

Außerdem ist die **Entscheidung der Regierung, den Generaldirektor der Carabineros, Ricardo Yáñez, auf seinem Posten zu belassen, beunruhigend.** Es ist empörend, dass jemand, gegen den wegen schwerer und weit verbreiteter Menschenrechtsverletzungen ermittelt wird, weiterhin diese verantwortungsvolle Position bekleidet; er hat praktisch nicht an den Ermittlungen teilgenommen und

Äußerungen gemacht, mit denen er die Grenze der Verhältnismäßigkeit überschritten hat.

Darüber hinaus ist die **geringe Priorität, die der Reform der Carabineros eingeräumt wird, inakzeptabel**. Die Absichten der Regierung von Gabriel Boric, die sich in seinem Regierungsprogramm widerspiegeln, stehen nicht im Einklang mit seinen Handlungen, denn es ist festzustellen, dass nicht einmal der Entwurf einer Polizeireform in Arbeit ist. Wir sind sicher, dass diese Maßnahme für alle Menschen, die auf chilenischem Territorium leben, von Vorteil ist, da wir alle uns ein höheres Maß an Sicherheit und ein Leben in Frieden wünschen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir uns: Hat die Regierung von Gabriel Boric wirklich den Willen, eine tiefgreifende und unverzügliche Reform der Carabineros durchzuführen?

Amnesty International hat sich bereit erklärt, in dieser Frage mitzuarbeiten, aber wir warten immer noch darauf, dass dieses Engagement in konkrete Maßnahmen umgesetzt wird.

Die Regierung von Gabriel Boric hat noch drei Jahre vor sich, um auf ausstehende Lasten und Verpflichtungen zu reagieren. Der Schutz der Menschenrechte aller Menschen ist keine Option, er ist eine Verpflichtung. Die Uhr tickt. Wir werden wachsam bleiben.